

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
-----------------------------	----

Teil 1:

Basiswissen zur Betriebsprüfung	27
--	-----------

I. Struktur und Strategie der Betriebsprüfung	27
--	-----------

1. Aufgabe der Betriebsprüfung	29
--------------------------------------	----

1.1 Zulässigkeit einer Außenprüfung	30
---	----

1.1.1 Abweichungen und Auffälligkeiten als Grund für die Betriebsprüfung	32
---	----

1.1.2 Richtlinien für die Betriebsprüfung	35
---	----

1.2 Zeitliche Grenzen der Betriebsprüfung	42
---	----

1.2.1 Beginn der Außenprüfung: Hemmung des Ablaufs der Festsetzungsfrist	44
---	----

1.2.2 Keine Unterbrechung der Festsetzungsfrist durch Scheinhandlung	50
---	----

1.3 Abgrenzung der Betriebsprüfung gegenüber den Einzel- ermittlungen	52
--	----

1.4 Fortsetzung oder Abbruch der Prüfung im Ermessen der Finanzbehörden	53
--	----

1.5 Statistiken über Mehrergebnisse der Betriebsprüfung	53
---	----

1.6 Deutliche Unterschiede in der Prüfungspraxis der Bundes- länder	54
--	----

2. Praktische Bedeutung der BpO St für die Auswahl von Betrieben zur Betriebsprüfung	55
---	----

2.1 Anschlussprüfung bei Großbetrieben	58
--	----

2.2 Prüfung bei Mittel-, Klein- und Kleinstbetrieben in zeitlichen Abständen	58
---	----

2.3 Ausgedehnte Prüfungszeiträume bei Annahme erheblicher Steuernachforderungen	61
--	----

3. Wichtige Verfahrensfragen	65
------------------------------------	----

3.1 Bedeutung der Prüfungsanordnung	65
---	----

3.1.1 Verlegung der Außenprüfung aufgrund besonderer Umstände	67
--	----

3.1.2 Bekanntgabe einer Prüfungsanordnung an eine beendete KG	67
--	----

3.1.3	Kein Verwertungsverbot bei fehlender Prüfungsanordnung	69
3.2	Rechtsbehelfe gegen (fehlerhafte) Betriebsprüfungsanordnungen	70
3.3	Beispiele für rechtswidrige Betriebsprüfungsanordnungen	71
3.4	Beispiele für nichtige Betriebsprüfungsanordnungen	72
3.5	Verwertungsverbot bei rechtswidrigen Betriebsprüfungsanordnungen	74
3.6	Verwertungsverbot bei nichtigen Betriebsprüfungsanordnungen	75
3.7	Späterer Erlass einer fehlerfreien Betriebsprüfungsanordnung	76
3.7.1	Beginn einer Außenprüfung und Verjährung	77
3.7.2	Einbeziehen „außerbetrieblicher Verhältnisse“ in die Außenprüfung	78
3.7.3	Einbeziehung der steuerlichen Verhältnisse von Gesellschaftern und Mitgliedern	79
II.	Vorbereitung und Durchführung einer Betriebsprüfung	80
1.	Erkenntnisquellen und Vorgehensweisen der Finanzverwaltung	84
2.	Verhaltensstrategien für den Stpfl.	88
2.1	Häufige formale Fehler	89
2.2	Vermeidbare Fehler der Stpfl.	91
2.3	Checkliste zur Außenprüfung	92
3.	Zeitpunkt, Ort und Umfang der Prüfung	94
3.1	Zeitpunkt der Betriebsprüfung	94
3.2	Bestimmung des Prüfungsorts	95
3.2.1	Bedeutung des Orts der Betriebsprüfung	95
3.2.2	Geschäftsräume des Stpfl. als normaler Ort der Betriebsprüfung	95
3.2.3	Wohnung des Stpfl. als Wahlmöglichkeit des Orts der Prüfung	96
3.3	Andere Prüfungsorte	97
3.4	Umfang und Beschränkung der Prüfung	99
4.	Organisation des Betriebsprüfungsgeschehens	100
4.1	Ständige Beobachtung des Prüfers	102
4.2	Begrenzter Rechtsschutz im Hinblick auf die Art und Weise einer Außenprüfung	104
5.	Vorlagepflichten, Schätzung und Verprobung	106
5.1	Vorlagepflicht von Urkunden	106

5.2	Anforderung von privaten Kontounterlagen	111
5.2.1	Außergewöhnlich hohe ungebundene Entnahmen	111
5.2.2	Folgen der Erklärung über die Nichtherausgabe oder die fehlende Aufbewahrung von Unterlagen	112
5.3	Anwendung von Schätzungsmethoden bei ordnungsgemäßer Buchführung	113
5.4	Vermögenszuwachsrechnung und Geldverkehrsrechnung zur Aufdeckung von Schwarzgeldern	121
6.	Beendigung der Betriebsprüfung	125
6.1	Rechtsanspruch auf die Durchführung der Schluss- besprechung	126
6.2	Strategien bei der tatsächlichen Verständigung	129
6.3	Anspruch auf eine verbindliche Zusage	138
7.	Überleitung der Betriebsprüfung in ein Strafverfahren . .	140
7.1	Information an die Straf- und Bußgeldsachenstelle bei Verdacht einer Straftat	140
7.2	Einleitung des Strafverfahrens nach Abschluss einer Betriebsprüfung	142
7.3	Unterschiedliche Vorgehensweise in den einzelnen Bundesländern	143
8.	Betriebsprüfung während der Corona-Krise	144
III.	Umsatzsteuer-Sonderprüfung	148
1.	Umsatzsteuer-Sonderprüfung als Erst- und Bedarfsprüfung . .	148
2.	Prüfungsfelder	149
3.	Einzelfragen	150
IV.	Umsatzsteuer-Nachscha	152
1.	Nachscha als Maßnahme der Steueraufsicht	152
2.	Befugnisse des Finanzamts	153
2.1	Einsichtnahme in Unterlagen	153
2.2	Betretungsrecht für Geschäftsräume	154
2.3	Betretungsrecht für Wohnräume	155
2.4	Übergang zur Außenprüfung	156
2.5	Verwertung von Erkenntnissen in Kontrollmitteilungen	157
3.	Faktischer Ausschluss vorläufigen Rechtsschutzes	157
4.	Selbstanzeige im Rahmen der Nachscha	158
5.	Personelle Probleme der Verwaltung bei der Nachscha	159
V.	Lohnsteuer-Außenprüfung	160
1.	Grundsätzliche Anmerkungen zur Lohnsteuer-Außenprüfung .	161
1.1	Rechtsgrundlagen	164

1.2	Geprüfter Personenkreis	164
2.	Zulässigkeit der Außenprüfung	165
3.	Zuständigkeit	166
4.	Ermessensentscheidung	167
5.	Prüfungsanordnung	167
6.	Rechtsstellung der Beteiligten	168
6.1	Aufgabenkreis des Lohnsteuer-Prüfers	168
6.2	Rechte und Pflichten des Arbeitgebers	168
6.3	Rechte und Pflichten des Arbeitnehmers	171
7.	Durchführung der Lohnsteuer-Außenprüfung	171
7.1	Anordnung	171
7.2	Folgen für den Arbeitgeber	172
7.3	Gegenstand	172
7.4	Abschluss der Lohnsteuer-Außenprüfung	173
8.	Verfahrensrechtliche Folgen der Lohnsteuer-Außenprüfung ...	174
8.1	Steuernachforderungen	174
8.2	Inanspruchnahme des Arbeitgebers durch Nachforderungs- oder Haftungsbescheide	174
8.3	Grenzen der Lohnsteuer-Außenprüfung (Vertrauensschutz) ...	179
8.4	Wegfall des Nachprüfungsvorbehalts	182
8.5	Änderungssperre	182
VI.	Lohnsteuer-Nachschatz (§ 42g EStG)	183
1.	Vorbemerkungen	183
2.	Aufbau der Vorschrift	185
3.	Zeit, Ort und Betretungsrechte	186
4.	Vorzulegende Unterlagen und Auskunftspflichten	186
5.	Verhältnis zur steuerlichen Selbstanzeige	186
6.	Fazit	186
VII.	Kassen-Nachschatz	187
VIII.	Missbräuchliche Auswahl zur Betriebsprüfung	194
1.	Routine- oder Anlassprüfung	194
2.	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, Willkür-, Schikane- und Ermessensmissbrauchsverbot	198
3.	Zweckentfremdung der Betriebsprüfung	199
4.	Rechtsbehelfe	202
IX.	Mitteilungspflichten der Finanzämter in der Betriebs- prüfung	203
1.	Engmaschiges Netz an Rechtsgrundlagen	204

2.	Kontrollmitteilungen: spontane Amtshilfe innerhalb der Finanzverwaltung	204
2.1	Typische Anlässe für Kontrollmitteilungen	206
2.2	Inhalt der Kontrollmitteilung	209
2.3	Keine Verletzung von Mitwirkungsverweigerungsrechten	210
2.4	Bankenprivileg	213
2.5	Internationale Kontrollmitteilungen	214
2.6	Rechtsschutzmöglichkeiten	215
2.7	Rechtsfolgen von Kontrollmitteilungen	216
3.	Mitteilungen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmissbrauchs	216
3.1	Offenbarung zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung einschließlich der Schwarzarbeit	217
3.2	Offenbarung zur Bekämpfung illegaler Arbeitnehmer- überlassung	218
3.3	Offenbarung zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch	218
3.4	Mitteilungspflicht der Finanzbehörde	220
4.	Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche	221
X.	Einführung von innerbetrieblichen Kontrollsystemen (Tax Compliance)	224
1.	Einführung in die Problematik (Paradigmenwechsel vom gezielten Steuerschummeler zum perfektionierten Steuerpflichtigen mit etablierter Selbstkontrolle)	226
2.	Tax Compliance: Nachhaltige Entwicklung über berater- getriebenen Hype	231
3.	Inhaltliche Ausgestaltung von Tax Compliance	232
3.1	Tax Compliance-Organisation	232
3.2	Tax Compliance-Risiken	233
3.3	Tax Compliance-Programm	234
3.4	Tax Compliance-Kommunikation	234
3.5	Tax Compliance-Überwachung und Verbesserung	235
4.	Bedeutung von IDW PS 980 und IDW Praxishinweis	236
4.1	Kernaussagen	237
4.2	Pflicht zur Anwendung	240
4.3	Prüfung des Tax CMS	240
4.3.1	Prüfungsziel	240
4.3.2	Prüfungsgegenstand	240
4.3.3	Prüfungsumfang und Prüfungsvorgehen	240
4.3.4	Wirkung eines Testats nach IDW PS 980	241

4.4	Fazit	241
5.	Zur Rechtsschutzwirkung einer Tax Compliance- Organisation	242
XI.	Grundsätze zur Rationalisierung der Betriebsprüfung	243
1.	Vorbemerkungen	244
2.	Betriebsprüfungs-Sachgebietsleiter	245
3.	Vorbereitende Maßnahmen	246
3.1	Auswahl der zu prüfenden Betriebe	246
3.1.1	Gezielte Fallauswahl	246
3.1.2	Zufallsauswahl	246
3.2	Branchenmäßiger Einsatz der Betriebsprüfer	246
3.3	Mehrmalige Prüfung durch denselben Prüfer	247
3.4	Prüferteam	247
3.5	Zusammenarbeit mit dem Bundeszentralamt für Steuern	248
3.6	Allgemeine Grundsätze für die Prüfungsvorbereitung	248
3.7	Aussonderung nicht prüfungsrelevanter Betriebe	249
4.	Durchführung der Betriebsprüfung	249
4.1	Prüfungsschwerpunkte	249
4.2	Kontrollmaterial	250
4.3	Vorzeitige Beendigung von Betriebsprüfungen	251
4.4	Erweiterung des Prüfungszeitraums bei nicht unerheblichen Steuernachforderungen oder Steuererstattungen	251
4.5	Vorzeitige Auswertung von Prüfungsfeststellungen bei lang andauernden Betriebsprüfungen	252
5.	Prüfungsbericht	253
5.1	Inhalt des Prüfungsberichts	253
5.2	Aussagen zur Buchführung	253
5.3	Bericht bei abgekürzter Außenprüfung	253
5.4	Abfassung des Prüfungsberichts	253
5.5	Arbeitsbogen des Betriebsprüfers	253
5.6	Frist für die Stellungnahme zum Prüfungsbericht	254
XII.	Außenprüfung bei Angehörigen der rechts- und steuer- beratenden Berufe	254
1.	Rechtliche Grundlagen	254
2.	Rechtsprechung des BFH	255
2.1	Kein Verzicht auf Ausstellung von Kontrollmitteilungen	256
2.2	Belehrungspflicht vor Ausstellung einer Kontrollmitteilung ..	258
3.	Grenzen des Auskunftsverweigerungsrechts	258

XIII.	Die Digitale Betriebsprüfung – Zugriff der Betriebsprüfung auf die Unternehmens-EDV	260
1.	Vorbemerkungen	262
2.	Änderungen in der Abgabenordnung	264
2.1	Unmittelbarer Zugriff, Nur-Lesezugriff	266
2.2	Mittelbarer Datenzugriff	266
2.3	Überlassung von Daten auf Datenträgern	267
3.	Anwendungsbereich	270
3.1	Sachlicher Anwendungsbereich	270
3.2	Persönlicher Anwendungsbereich	278
3.3	Zeitlicher Anwendungsbereich	278
4.	Zugriffsform	279
4.1	Ermessen und Kosten	279
4.2	Ort des Datenzugriffs	281
5.	Rechtsschutz gegen den Datenzugriff	282
6.	Anwendung der Datenübernahme durch das Programm IDEA	283
7.	Besondere Hinweise zur Außenprüfung des Steuerberaters	285
7.1	Unmittelbarer Datenzugriff auf das DV-System des Steuer- beraters durch den Prüfer	286
7.2	Mittelbarer Datenzugriff auf das DV-System des Steuer- beraters durch den Prüfer	287
XIV.	Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Außenprüfung	288
1.	Prüfungsanordnung	288
2.	Festlegung des Prüfungsbeginns; Ablehnung des Antrags auf Verlegung des Prüfungsbeginns	289
3.	Beauftragung einer anderen Finanzbehörde mit der Durch- führung der Außenprüfung	290
4.	Nichteinhaltung der Informations- und Unterrichts- pflichten nach § 199 Abs. 2 AO	292
5.	Aufklärungsmaßnahmen in der Betriebsprüfung	292
6.	Das Verzögerungsgeld	294
6.1	Systematische Einordnung	295
6.2	Anwendungsfragen	296
6.2.1	Verzögerungsgeld bei Verlagerung oder unterbliebener Rückverlagerung der Buchführung	296
6.2.2	Verzögerungsgelder bei sonstigen Verletzungen von Mitwirkungspflichten	297

XV.	Schätzung in der Betriebsprüfung	301
1.	Voraussetzungen für die Schätzung	305
2.	Rechtsprechung zur Schätzung	307
3.	Die Buchführung als Ansatzpunkt für den Betriebsprüfer	310
4.	Das Grundprinzip des Benford'schen Gesetzes	327
5.	Der Chi-Quadrat-Test	328
6.	Folgen der Vernichtung von Unterlagen	333
7.	Schätzung von Zinseinkünften	333
8.	Nachkalkulation	336
9.	Geldverkehrs- und Vermögenszuwachsrechnung	339
10.	Zeitreihenvergleich	342
11.	Äußerer Betriebsvergleich	346
12.	Schätzungsfehler	347
13.	Schätzung trotz anhängigen Steuerstrafverfahrens	348
Teil 2:		
	Steuerstrafsachen	353
I.	Steuerfahndung und Steuerstrafverfahren: Allgemeiner Teil	353
1.	Tatbestand der Steuerhinterziehung (§ 370 AO)	354
1.1	Tathandlung	354
1.2	Taterfolg	354
1.3	Kausalität zwischen Handlung und Erfolg und objektive Zurechenbarkeit des Erfolgs	355
2.	Vorsatz	357
3.	Strafverfolgungsverjährung	358
3.1	Bedeutung und Berechnung	358
3.2	Unterbrechung der Strafverfolgungsverjährung	360
3.3	Allgemeiner Veranlagungsabschluss (Tatvollendung in Nichtabgabe-Fällen)	362
3.4	Verlängerung der Strafverfolgungsverjährungsfristen (§ 376 AO) durch das Jahressteuergesetz 2009	364
3.5	Gewerbsmäßige oder bandenmäßige Steuerhinterziehung großen Ausmaßes	365
3.6	Erneute Verlängerung der Strafverfolgungsverjährung durch das Zweite Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfs- maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise und des Jahressteuergesetzes 2020 (§ 376 Abs. 1 AO n.F.)	369
II.	Aufgaben und Befugnisse der Steuerfahndung	372
1.	Befugnisse der Steuerfahndung im Strafverfahren	373

1.1	Voraussetzungen von Durchsuchung und Beschlagnahme	373
1.1.1	Durchsuchung beim Verdächtigen	373
1.1.2	Durchsuchung bei anderen Personen (Dritten)	373
1.1.3	Verhältnismäßigkeit	374
1.1.4	Bestimmtheit von Durchsuchungsbeschlüssen	375
1.1.5	Durchsuchung wegen Gefahr im Verzug	376
1.2	Durchführung der Durchsuchung	376
1.2.1	Durchsuchungszeugen	376
1.2.2	Zeitpunkt der Durchsuchung	377
1.2.3	Mitteilung des Durchsuchungszwecks	377
1.2.4	Anwesenheitsrecht	378
2.	Befugnisse der Steuerfahndung im Besteuerungsverfahren . . .	378
3.	Sonderfall: Einheitssachgebiete	382
III.	Typische Aufgriffsanlässe für die Steuerfahndung	382
1.	Die wichtigsten Ausgangspunkte für Ermittlungen im Überblick	382
2.	Weitere Fallgruppen aus der Praxis	383
IV.	Selbstanzeige: Neuregelungen und Hinweise auf die alte Rechtslage nebst Übergangsfragen	385
1.	Fragestellungen im Vorfeld der Selbstanzeige	391
2.	Form, Inhalt und Vollständigkeit der Selbstanzeige	399
3.	Nachzahlung der Steuern	406
3.1	Allgemeine Grundsätze	406
3.2	Nachzahlung bei Gesellschaftern	407
3.3	Absehen von Strafverfolgung nach § 398a AO bei korrespon- dierender Erhebung eines Verwaltungskostenzuschlags	408
4.	Ausschlussgründe für die Selbstanzeige	410
4.1	Bekanntgabe der Prüfungsanordnung bzw. Erscheinen eines Außenprüfers der Finanzbehörde	410
4.1.1	Neue Rechtslage nach dem Schwarzgeld- bekämpfungsgesetz	410
4.1.2	Alte und neue Rechtslage vor dem Schwarzgeld- bekämpfungsgesetz	412
4.2	Bekanntgabe der Einleitung des Steuerstraf- oder Bußgeldverfahrens an den Täter oder seinen Vertreter	417
4.3	Tatentdeckung	417
5.	Möglichkeiten zur Berichtigung trotz Tatentdeckung oder Prüfer-Erscheinens	422
5.1	Selbstanzeige wegen leichtfertiger Steuerverkürzung	422

5.2	Selbstanzeige einer dritten Person	427
6.	Wiederaufleben der Selbstanzeigemöglichkeit	429
V.	Steuerhinterziehung: Steuerliche Beurteilung bzw. Gestaltung	430
1.	Offenbarungspflichten im Besteuerungsverfahren	432
2.	Die Rechtsprechung des BGH in Strafsachen	433
3.	Vollständige Sachverhaltsdarlegung als Anforderung der steuerlichen Rechtsprechung	434
4.	Steuerungsumgehung oder Steuerhinterziehung	436
5.	Praxisrelevante Einzelfälle	437
5.1	Rückkauf- oder Verkaufsgarantien	437
5.2	Zweifelsfragen bei der Besteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen und Spekulationsgewinnen	441
5.3	Rückwirkende Erfassung von stillen Reserven bei wesentlichen Beteiligungen gemäß § 17 EStG	446
VI.	Steuerstraß- und Steuerordnungswidrigkeitenverfahren: Beendigungsmöglichkeiten	451
1.	Erhebliche Spannbreite bei den Entscheidungen im Strafverfahren	451
2.	Einstellung eines Strafverfahrens bzw. eines Ordnungs- widrigkeitenverfahrens	453
2.1	Voraussetzungen	453
2.2	Ursachen der Einstellung von Steuerstraßverfahren	455
	2.2.1 Ursachen im Bereich der Steuerfahndung	455
	2.2.2 Ursachen im Bereich der Bußgeld- und Strafsachen- stellen	457
	2.2.3 Ursachen im Bereich der Staatsanwaltschaft	458
	2.2.4 Ursachen im Bereich der Strafgerichte	459
	2.2.5 Typische Behördenabläufe als gemeinsame Ursachen ...	459
3.	Absehen von der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	461
4.	Einstellung wegen Geringfügigkeit	462
5.	Einstellung gemäß § 154 StPO oder § 154a StPO	463
6.	Absehen von der Verfolgung wegen geringer Schuld	464
7.	Bußgeldbescheide gemäß §§ 130, 30 OWiG	465
7.1	Verletzung der Aufsichtspflicht/Organisationsverschulden in Betrieben und Unternehmen	465
7.2	Geldbuße gegen juristische Personen und Personen- vereinigungen	465

7.3	Verbandssanktionengesetz (VerSanG): Der „neue“ Regierungsentwurf und seine Auswirkungen auf das Steuerstrafrecht	467
8.	Bußgeldbescheid wegen leichtfertiger Steuerverkürzung	468
8.1	Bedeutung in der Praxis	468
8.2	Tatbestandsvoraussetzungen	470
8.3	Kontrolle des Steuerberaters?	471
8.4	Kontrolle von Angestellten, Mitunternehmern, Ehegatten	474
8.5	Unterlassene Erkundigung über die steuerliche Rechtslage . . .	475
8.6	Vorliegen einer Dauerordnungswidrigkeit	476
8.7	Mitteilung an das Gewerbezentralregister	477
9.	Einstellung des Verfahrens bei Erfüllung von Auflagen und Weisungen	478
10.	Verwarnung mit Strafvorbehalt	482
11.	Leicht rückläufige Anzahl der Strafbefehle	483
11.1	Diskrepanz zwischen Anfangsverdacht und Nachweis	483
11.2	Verfahren bei Erlass eines Strafbefehls	484
11.3	Mängel von Strafbefehlen	486
11.4	Strafzumessung	487
12.	Abgabe an die Staatsanwaltschaft	489
13.	Bemessung der Freiheitsstrafe	490
VII.	Umsatzsteuer-Karussell	492
1.	Ziel der Umsatzsteuer-Karusselle	496
2.	Funktionsweise und rechtliche Beurteilung	499
2.1	Übersicht	499
2.2	Missing Trader	501
2.2.1	Nichtanerkennung steuerfreier innergemeinschaftlicher Lieferungen	503
2.2.2	Versagung des Vorsteuerabzugs	509
2.2.3	Spezifische Rechtsprechung zu Umsatzsteuer-Karussellen	524
2.2.4	Rechtsprechung zu Gunsten des Fiskus	524
2.2.5	Rechtsprechung zu Gunsten des Stpfl.	525
2.2.6	Vermittelnde Rechtsprechung	525
2.2.7	Grundsatzentscheidung des EuGH	526
2.2.8	Kritik an der Handhabung der Finanzverwaltung mit betrugsbehafteten Umsätzen	536
2.3	Buffer und Distributor	536
2.4	Verschaffung der Verfügungsmacht	537
3.	Reaktionen des Gesetzgebers und der Verwaltung	538

VIII. Schätzung im Steuerstrafverfahren	542
1. Grundsätze der Schätzung im Steuerstrafverfahren	542
2. Tauglichkeit der Schätzungsmethoden im Steuerstrafverfahren	544
Teil 3:	
Die Steuerfahndung in der Praxis	547
I. Verhalten während einer Steuerfahndungsprüfung	547
1. Geringe Bedeutung der Durchsuchung im Gesamtverfahrensablauf	547
1.1 Realitäten im Steuerfahndungsverfahren	547
1.2 Rückstand der Steuerfahndung im EDV-Bereich	549
1.3 Bedeutung von Selbstanzeige und Kooperation	550
2. Durchsuchungssituation	552
3. Zumeist geringes Verhaftungsrisiko	555
4. Verhaltensregeln bei Durchsuchungsmaßnahmen	557
5. Verhaltensregeln für die Zeit nach der Durchsuchungsmaßnahme	558
6. Tricks der Steuerfahndung	560
6.1 Auseinanderdividieren von Verteidiger und Mandanten	560
6.2 Versuchte Kontaktaufnahme zum Beschuldigten am Verteidiger vorbei	561
II. Procedere im Steuerstrafverfahren	562
1. Bearbeitung von Steuerstraffällen im Innendienst	562
2. Verhalten während des Steuerstrafverfahrens	563
3. Überlange Verfahrensdauer	566
4. Checkliste zur Auswahl eines Verteidigers in Steuerstrafsachen	568
III. Steuerhinterziehung: Strafbarkeitsrisiko des Steuerberaters	569
1. Strafrechtliche Verantwortlichkeit	570
2. Bußgeldrechtliche Verantwortlichkeit	576
3. Nachträgliches Erkennen unrichtiger Angaben	577
3.1 Fallgruppe 1	577
3.2 Fallgruppe 2	578
3.3 Fallgruppe 3	578
3.4 Fallgruppe 4	579
4. Selbstanzeige des Steuerberaters	579
4.1 Selbstanzeige wegen Beihilfe oder (Mit-)Täterschaft	579
4.2 Selbstanzeige wegen leichtfertiger Steuerverkürzung	580

5.	Durchsuchung beim Steuerberater	582
6.	Ermittlungsprobleme der Finanzbehörden	582
7.	Weitere zivilrechtliche Risiken	585
IV.	Steuerfahndung: Besonderheiten bei der Bankenfahndung ...	585
1.	Kreditinstitute im Visier der Steuerfahndung	587
2.	Maßnahmen der Finanzverwaltung gegen die Kapitalflucht ...	588
3.	„Conto pro Diverse“ als Ausgangspunkt der Ermittlungen ...	589
4.	Spezifische Enttarnungstechniken beim Geldtransfer ins Ausland	591
5.	Taktiken und Arbeitsabläufe innerhalb der Finanz- verwaltung	594
6.	Ankauf von Steuer-CDs	597
7.	Reaktion auf Schreiben von Steuerfahndung sowie Bußgeld- und Strafsachenstelle	601
7.1	Schreiben vom Veranlagungsfinanzamt	601
7.2	Schreiben von der Bußgeld- und Strafsachenstelle	604
7.3	Schreiben von der Steuerfahndungsstelle	605
8.	Das magische Dreieck: Mandant – Steuerberater – Strafverteidiger	606
9.	Besonderheiten beim Verfahren gegen Kreditinstitute selbst ..	607
10.	Qualifizierte Risiken für Bankmitarbeiter bei der Kooperation mit der Steuerfahndung	610
11.	Besonderheiten bei Verfahren gegen Beamte und sonstige Mitarbeiter von Finanzbehörden	611
12.	Auswirkungen der Bankenfahndung auf die Erfassung stpf. Spekulationsgewinne	612
V.	Arrest in Steuerfahndungsfällen	615
1.	Zunehmender Arrest von Vermögenswerten	616
2.	Grundsätze des steuerlichen Arrests	616
2.1	Arrestanspruch: Entstehen des Steueranspruchs	616
2.2	Arrestgrund: steuerliche Unzuverlässigkeit	617
2.3	Strenge formale Vorschriften für die Arrestanordnung	619
3.	Rechtsbehelfe gegen den steuerlichen Arrest	620
3.1	Einspruch gegen die Arrestanordnung und Antrag auf Aufhebung (Aussetzung) der Vollziehung	620
3.2	Sofortige Klage gegen die Arrestanordnung i. V. m. dem Antrag auf Aussetzung der Vollziehung	621
3.3	Einspruch gegen die Pfändungsverfügung und Antrag auf Aussetzung der Vollziehung	623

3.4	Antrag auf einstweilige Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung	623
3.5	Schadensersatz bei ungerechtfertigtem Arrest	623
4.	Strafprozessualer Arrest als Zwischenlösung	624
VI.	Vermögensabschöpfung im Steuerstrafrecht	626
1.	Einleitung	628
2.	Praktische Bedeutung der gesetzlichen Neuregelung	629
3.	Rechtsgrundlagen des Vermögensarrestes	631
3.1	Einziehung von Vermögenswerten, die „durch“ oder „für“ eine rechtswidrige Tat erlangt wurden	632
3.2	Das Erlöschen gemäß § 73e StGB im Blickwinkel der besonderen Prämissen im Besteuerungsverfahren	634
3.3	Zeitlicher Anwendungsbereich	639
VII.	Steuerstrafverfahren: Erstattung oder steuerliche Abzugsfähigkeit von Verteidigerkosten	641
1.	Verteidigerkosten als erhebliche Belastung für den Stpfl.	642
2.	Möglichkeit der Erstattung von Verteidigerkosten	642
3.	Steuerliche Abzugsfähigkeit von Verteidigerkosten bei betrieblichem/beruflichem Zusammenhang	644
VIII.	Verteidigungsaspekte bei der Aufdeckung von Vermögenswerten durch die Finanzverwaltung	648
1.	Vorschnelle Ratschläge zur Selbstanzeige	648
2.	Aufdeckung von Vermögenswerten eines Stpfl.	649
2.1	Probleme der Finanzverwaltung ab dem Bekanntwerden der Vermögenswerte	649
2.2	Strafrechtliche Verjährung als Hürde bei der Ermittlung von Schwarzeinkünften	650
2.3	Schätzung bei der Ermittlung von Zinseinkünften	651
3.	Bloße Vermutung eines Kapitalvermögens und Ansatz von Zinsen	653
4.	Feststellung von Bareinzahlungen bei Betriebs- oder Steuerfahndungsprüfungen	655
IX.	Verteidigungsaspekte bei Steuerstrafverfahren aufgrund von Betriebsprüfungen	657
1.	Vorsicht bei der Mitwirkung hinsichtlich strafbefangener Prüfungsfelder	657
2.	Vorsicht bei strafrechtlichem Hinweis in der Schlussbesprechung	658

3.	Bedeutung der Selbstanzeige wegen leichtfertiger Steuer-	
	verkürzung und der Selbstanzeige Dritter	660
4.	Beweisprobleme in der Hauptverhandlung	661
X.	Einvernehmliche Beendigung von Steuerstraßverfahren	
	nach Maßgabe von § 153a StPO	662
1.	Ursprünglicher Zweck: Ahndung von Kleinkriminalität	662
2.	Anwendungsbereich im Steuerstraßverfahren	664
3.	Nutzbarmachung des § 153a StPO für Mandanten	666
4.	Ermittlung des Auflagenbetrags	667
	Stichwortverzeichnis	669